



In dem Kartenausschnitt des Planungsverbands Donau-Wald sind die aktuell geplanten Windvorrangflächen im Labertal schraffiert eingezeichnet.

Einwände gegen Windvorrangflächen-Pläne

Stadtrat formuliert Stellungnahme - Unterschiedliche Entscheide bei Einbeziehungssatzungen

Einige Einwände hat der Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung gegen den Planentwurf des Regionalen Planungsverbands Donau-Wald formuliert, der die Vorrangflächen für Windkraft neu regeln soll. In seiner Stellungnahme dazu fordert der Rat den Planungsausschuss unter anderem dazu auf, vor der Verabschiedung des neuen Regionalplans die Entscheidung bei der „Umzingelungs“-Petition abzuwarten, die Vorrangflächen-Planung an den Gemeindegrenzen mit den Regionalplänen Landshut und Regensburg abzustimmen und die Vorrangflächen bei den von Umzingelung bedrohten Ortschaften Frey, Wissing und Pullach abzuspecken.

Die angestrebte Energiewende wirft ihre Schatten voraus: 1,8 Prozent der Fläche Bayerns soll bis 2032 als Vorrangflächen für Windkraftanlagen ausgewiesen werden, als Zwischenziel sollen es 1,1 Prozent bis 2027 sein. So gibt es die Bundesgesetzgebung vor. Der Freistaat Bayern regelt die Ausgestaltung der Umsetzung. Deshalb müssen in Bayern die 18 Regionalen Planungsverbände aktuell Vorranggebiete für Windkraft festlegen.

Geiselhöring gehört mit 151 weiteren Gemeinden zum Planungsverband Donau-Wald – und ist eine von sechs Gemeinden (unter anderem neben Laberweinting und Maltersdorf), in denen der Planungsausschuss besonders viele Flächen bestimmt hat, die für Windenergieanlagen geeignet sein sollen. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens für die Verbandsmitglieder und Träger öffentlicher Belange musste die Stadt Geiselhöring nun eine Stellungnahme zu dem vorliegenden Entwurf abgeben. Bei der Diskussion zu dem Thema kam in der Dienstags-Stadtratssitzung von Seiten aller Fraktionen der Unmut zum Ausdruck, dass die hiesige Region für den gesamten Planungsverband herhalten müsse, um das 1,8 Prozent-Ziel zu erreichen. Die Stadträte folgten schließlich einstimmig dem Vorschlag der CSU-Fraktion, den Regionalplan in seiner jetzigen Ausführung abzulehnen, und zwar aus mehreren Gründen.

Forderung: 1,8 Prozent-Ziel auf ganz Bayern beziehen

Zum einen wird darauf gedrängt, dass der Freistaat beim Bund einfordern solle, das 1,8 Prozent-Ziel auf ganz Bayern zu beziehen und nicht auf die einzelnen Planungsverbands-Regionen. „In Franken eignen sich zehn Prozent der Fläche für Windenergie. Dort könnte man unser Defizit an geeigneten Gebieten auffangen, während in unserer Region mehr Freiland-Photovoltaikanlagen entstehen“, erklärte CSU-Fraktionsvorsitzender Robert Ammer die Intention. Weiter möchte der Stadtrat, dass in dem Entwurf auch die Planungen der angrenzenden Regionalen Planungsverbände in Richtung Mengkofen (Landshut) und Sünching (Regensburg) berücksichtigt und vermerkt werden sollen. „Die Windräder auf der anderen Seite der Gemeindegrenzen sehen wir genauso. Wir sollten wissen, was dort passiert!“

Außerdem solle das Ergebnis der Petition der Bürgerinitiative „Energiewende Ja – Umzingelung nein“ (EjUn) bezüglich der Windräder-Umzingelung von Franken und Neuhausen abgewartet werden, bevor der Regionalplan verabschiedet wird. Und die aktuelle Umzingelung der kleinen Ortschaften Frey, Wissing und Pullach mit Vorrangflächen solle aufgehoben bzw. die Abstände zu diesen Wohnbebauungen vergrößert werden. Sollte der Regionalplan dennoch verabschiedet werden, dann sollen auf Wunsch der Stadt zumindest die Bereiche im Gemeindegebiet, die bis dato nicht von der Firma Hermann („Hayforst“) mit Windkraftanlagen bei den Flächen 24 und 29 beplant sind, gestrichen werden.

Anträge auf Einbeziehungssatzungen in Dettenkofen und Pönnig

In der weiteren Sitzung beschäftigte sich der Stadtrat mit zwei Anträgen auf Einbeziehungssatzungen, für die zwei komplett gegensätzliche Entscheidungen fielen. So gaben die Räte zunächst einstimmig grünes Licht für die Einbeziehungssatzung „Mühlweg“ in Dettenkofen, um dem Antragsteller auf dem Grundstück am nördlichen Ortsrand von Dettenkofen neben den dortigen landwirtschaftlichen Gebäuden samt Obstbaum-Anpflanzung eine Bebauung mit einem Einfamilienhaus zu ermöglichen. „Die Flurbezeichnung ‚Mühlweg‘ habe ich wegen des dortigen Flurnamens für die Satzung gewählt“, erklärte Simon Eisenhut, Leiter des Fachbereichs Planen und Bauen. Das Landratsamt hat in einer Voranfrage keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Einbeziehungssatzung erhoben. Sämtliche Kosten für die Erstellung der Satzung und für alle erforderlichen Erschließungsmaßnahmen muss freilich der Antragsteller zahlen.

Im Gegensatz dazu wurde die bereits auf den Weg gebrachte Einbeziehungssatzung „Feldkirchener Straße“ in Pönnig gekippt. Dort sollte ursprünglich eine rund 900 Quadratmeter große Außenbereichsfläche am Ostrand des Dorfzentrums einbezogen werden, damit dort ein Einfamilienhaus mit maximal zwei Wohneinheiten oder ein Doppelhaus mit maximal einer Wohneinheit je Hälfte errichtet werden könnte. Die Aufstellung der Satzung hat der Stadtrat zwar in seiner Sitzung im September 2023 beschlossen und im Januar 2025 auch den Entwurf dafür genehmigt.

„Ärger vorprogrammiert“: Satzung abgelehnt

Doch zwischenzeitlich hat die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange stattgefunden, und insbesondere die kritische Beurteilung des Landratsamtes und die ablehnende Einlassung des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) haben den Stadtrat nun dazu bewogen, den Vollzug der Satzung nicht weiter zu verfolgen. Denn in teils unmittelbarer Nachbarschaft der geplanten Wohnbebauung befinden sich aktive und tierhaltende landwirtschaftliche Betriebe, und einer der Landwirte plant laut BBV aktuell eine Stallerweiterung, so dass auf das geplante Wohnhaus eine enorme Geruchsbelastungen zukommen könnte. „Die landwirtschaftlichen Betriebe dürfen nicht nur mit ihrem aktiven Bestand, sondern auch in ihrer weiteren Entwicklung nicht eingeschränkt werden“, bezieht der BBV klar Position und verweigert sein Einverständnis mit der Einbeziehungssatzung. „Hier ist Ärger vorprogrammiert“, konstatierte der Pönniger Stadtrat Johann Stierstorfer. Wie er berichtete, gebe es vor Ort bereits Streit wegen der Emissionen, und der würde sich durch die zusätzliche Wohnbebauung nur noch weiter verschärfen. Die Stadträte teilten seine Meinung und lehnten die Satzung deshalb nun mit 17:1 Stimmen ab.

Weitere Themen der Stadtratssitzung

Erste Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

In der September-Sitzung hat der Stadtrat den diesjährigen 25-Millionen-Haushalt 2025 verabschiedet. Danach hat sich Katharina Bauer umgehend daran gemacht, bei der Haushalts-Aufstellung angemahnte und eigentlich schon vor einem Jahr beschlossene Konsolidierungsmaßnahmen auszuarbeiten. So legte sie dem Rat in der jetzigen Sitzung eine Liste mit 16 Vereinen, Verbänden und Organisationen vor, bei denen die Mitgliedschaft gekündigt werden sollte. Acht von ihnen hat der Finanzausschuss schon als Vorschlag empfohlen (Festspielverein Eva Plenningerin, Hochschulstadtverein Straubing, Förderverein der Grund- und Mittelschule Geiselhöring, Verein der Freunde und Förderer der Hochschule Deggendorf, Fischerfreunde Sallach, Euregio, Bayerischer Waldverein, 242er Gäubodengrenadiere), bei acht weiteren empfahl die Verwaltung nun zusätzlich die Kündigung (Historischer Verein für Niederbayern, Förderverein St. Benedikt-Schule Mallersdorf, Bayerischer Landesverein für Heimatpflege, Förderverein des Krankenhauses Mallersdorf, Sportmaschinengemeinschaft Straubing, Verein Europäischer Pilgerweg Via Nova, Landesbund für Vogelschutz, Tourismusverband Ostbayern). Mit den Kündigungen spart sich die Stadt Jahresbeiträge in Höhe von rund 3900 Euro. Bei den betroffenen Geiselhöringer Vereinen war die Begründung, dass die Stadt hier eine Gleichbehandlung vollziehen sollte, denn sie ist auch in anderen Vereinen nicht Mitglied. Die Räte erteilten unisono ihre Zustimmung.

Außerdem hatte die Freie Wähler-Fraktion beantragt, die städtischen Kirchengeschüsse auf den halben Ansatz in Höhe von 15.000 Euro zu reduzieren. Davon ausgehend sprachen sich die Räte einstimmig dafür aus, die „Richtlinie zur Förderung von Renovierungen von Gebäuden in kirchlicher Trägerschaft“ aus dem Jahr 2016 mit sofortiger Wirkung außer Kraft zu setzen. Sie beauftragten die Stadtverwaltung, eine neue Förderrichtlinie zu erarbeiten. Die bereits bewilligten Fördermittel werden aber im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten über die nächsten Jahre hinweg ausbezahlt und in die Haushaltsplanungen mit aufgenommen. Neue Bewilligungen und Antragstellungen sind jedoch bis zum Inkrafttreten einer neuen überarbeiteten Förderrichtlinie nicht möglich.

Unfallrisiko, spärliche Beleuchtung und Parkplatz-Mangel

Beim letzten Tagesordnungspunkt „Wünsche und Anträge“ sprach sich Stadtrat Dr. Korbinian Scherm dafür aus, nach dem neuerlichen Unfall auf der Umgehungsstraße bei der Sallacher Kreuzung die Beschilderung des Geradeaus-Fahrgebots auffälliger zu gestalten. Stadtrat Wolfgang Bäuml plädierte erneut für einen Kreisverkehr, um die hohe Zahl an Unfällen an dieser Stelle in den Griff zu bekommen. Auch eine Brücke wurde ins Spiel gebracht. Bürgermeister Herbert Lichtinger versicherte, zügig eine Verkehrsschau mit der Polizei anzuberaumen, um über weitere geeignete Maßnahmen zur Minimierung des Unfallrisikos zu beraten. Erst in der jüngsten Vergangenheit wurde nach der Ortsausfahrt von Sallach ein Erdwall aufgeschüttet, um die von dort kommenden Autofahrer zu einer umsichtigeren Anfahrt auf die Kreuzung zu zwingen.

Stadtrat Johannes Höring bat darum zu prüfen, ob der Vorplatz der Schule für einen gewissen Zeitraum besser beleuchtet werden könnte, um ihn für Kinder, die am späteren Nachmittag oder abends nach ihrem Instrumentalunterricht der Kreismusikschule aus der Schule kommen, freundlicher zu gestalten. Ebenso machte er darauf aufmerksam, dass sich bei der Labertalhalle durch die Absperrung des Pausenhofs für die Mittelschüler und damit des Wegfalls zahlreicher Parkplätze die Parksituation für die Hallensportler verschärft habe und sich mit dem Hallenbad-Betrieb noch weiter verschärfen werde. Bürgermeister Herbert Lichtinger sicherte zu, abzuklären, wer gegebenenfalls eine der Durchfahrts-Sperren am Nachmittag wegmontieren und am Abend oder nächsten Morgen wieder hinmontieren könnte, um die Parksituation wieder zu verbessern.